

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhof (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dem 12 Pfennig Postgelde

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Anzeigen ohne bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 10 Pf.] • Nr 546

DONNERSTAG, 19. NOVEMBER 1931

ABEND-AUSGABE

Sonderauschuß einberufen

Deutschlands Antrag geht heute ab

Der Antrag der deutschen Regierung auf Einberufung des Beratenden Sonderauschusses wird heute nach Paris an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich abgehen. Gleichzeitig werden die beteiligten Mächte einen Vorschlag des Antrages und des beiseitegelassenen Finanz- und Wirtschaftspolitischen Expertes erhalten.

Die Abwendung des Antrages war, nach Meldungen aus Paris, bereits für Dienstag abend geplant, ist aber bis Donnerstag verzögert worden, weil ein solches Einverständnis zwischen Berlin und Paris über die Formulierung noch nicht erreicht war und im letzten Augenblick noch Klärfragen notwendig wurden. Worum es sich dabei gehandelt hat, berichtet das „Echo de Paris“ in einer angeblich von gut unterrichteter Quelle stammenden Darstellung. Die deutsche Regierung erstrebt in dem Schreiben, daß der Beratende Sonderauschuß nicht nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Reparationen abzuklären haben werde, sondern sich auch mit der Zahlungsabwicklung der kurzfristigen Kredite werde beschäftigen müssen. Ministerpräsident Papal habe sich anknüpfend ent-

schlossen, diese Formulierung passieren zu lassen, wenn er sie nicht billige. Er bliebe bei seiner These, daß die Rückzahlung der privaten Kredite nicht Angelegenheit der Regierungen sei, sondern nur von einer Sonderkommission behandelt werden dürfe, die, wenn möglich, die Gläubiger und Schuldner ernennen würden. Doch vertrete er den Standpunkt, daß das deutsche Einberufungsschreiben dem nicht entgegengehalten werden könne, und daß der beratende Sonderauschuß sich nicht Befugnisse anmaßen dürfe, die der Young-Plan ihm verweigere, sei es, um an die ungeführten Annuitäten zu rühren, sei es, um sich mit dem Transfer der fremden Schulden zu befassen. Jetzt komme alles darauf an, was England und die Vereinigten Staaten zu tun gedächten.

Gleichzeitig mit der Abwendung des Antrages werden, wie es im Young-Plan vorgezogen ist, die deutschen Vorkämpfer den Regierungen der Gläubigerstaaten offiziell mitteilen, daß die Reichsregierung im guten Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Zahlungs- und Wirtschaftslage Deutschlands die sofortige Einberufung des beratenden Ausschusses notwendig macht.

Radikalisierte Akademiker

Von H. MULERT,

Professor an der Universität in Kiel.

Hunderttausend ältere, aber noch voll arbeitsfähige erwerbslose Fabrikarbeiter oder Kaufleute bedeuten eine schlimme Not. Gehntausend junge Erwerbslose aus besseren Gänden bedeuten eine noch größere Not, weil ein fräftiger Jugend Mensch, der Jahre hindurch zur Untätigkeit verurteilt ist, leicht das Arbeiten überhaupt verlernt und schon, wenn er Monate hinweg nichts zu tun hat, auf Zorheiten zu verfallen pflegt, wenn sich am Schlimmsten. Aber tausend hellenlose Akademiker sind noch gefährlicher.

Gewiß kann kein Staat heute verlangen, von der allgemeinen Not unberührt zu bleiben. Manche dieser jungen Leute werden nach Möglichkeit ihrer Studien nach von den Eltern unterstützt, so daß sie wertvolle Stellenlosigkeiten länger leicht aushalten, und es sind in ihnen viele geistige Interessen gemeldet worden, so daß sie über graue Monate der Untätigkeit auch innerlich leichter hinwegkommen können. Aber in anderer Hinsicht ist die Stellenlosigkeit junger Akademiker sehr bedenklich. Von jungen Studenten werden die Jahrelang zu keiner Tätigkeit kommen, wie sie ihrer Vorbildung entspräche, werden einige sich durch Folge Jahre herumhangeln, und den Staat verunsichern, dem sie schließlich annehmen, soweit Kräfte entfallen, daß sie auf irgendeiner Posten, sei es auch einem ihrer Vorbildung noch so fremden ein bescheidenes Brot finden, als Stebler, Schreiber, Steller oder wer weiß wie sonst. Wieder andere werden müde und gleichgültig jedes Was ertragen und wahrheitslieblich immer bitterer werden. Nicht wenige aber werden die Stelle schaff verunmöglicht, in der solche wertvolle Leistungen hervortreten, und den Staat verunsichern, dem sie schließlich annehmen, soweit Kräfte entfallen, daß sie auf irgendeiner Posten, sei es auch einem ihrer Vorbildung noch so fremden ein bescheidenes Brot finden, als Stebler, Schreiber, Steller oder wer weiß wie sonst. Wieder andere werden müde und gleichgültig jedes Was ertragen und wahrheitslieblich immer bitterer werden. Nicht wenige aber werden die Stelle schaff verunmöglicht, in der solche wertvolle Leistungen hervortreten, und den Staat verunsichern, dem sie schließlich annehmen, soweit Kräfte entfallen, daß sie auf irgendeiner Posten, sei es auch einem ihrer Vorbildung noch so fremden ein bescheidenes Brot finden, als Stebler, Schreiber, Steller oder wer weiß wie sonst. Wieder andere werden müde und gleichgültig jedes Was ertragen und wahrheitslieblich immer bitterer werden.

Protest gegen die Osthilfe-Verordnung

Breslauer Produktenbörse geschlossen

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

BRESLAU, 19. NOVEMBER

Die am Dienstag veröffentlichte neue Osthilfe-Verordnung hat in Schließen schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Landwirtschaft, dem Getreide- und Futtermittelhandel und den Kreditinstituten heraufbeschworen. Der Vorstand der Breslauer Produktenbörse hat am Donnerstag vormittag beschlossen, am morgen ab als Protestmaßnahme gegen die Osthilfe-Verordnung die Börse vorläufig auf fünf Tage zu schließen. Man will nach dem Erfolg der Ausführungsbestimmungen weitere Beschlüsse fassen. Der Börsevorstand ist der Meinung, daß durch Einführung des Sicherungsverfahrens der Getreide- und Futtermittelgroßhandel aus schwerer Gefahr ist. Es gibt nach jeder Meinung keine namhafte Handelskraft, die nicht in erheblichem Umfang mindestens Beschäftigten der Landwirtschaft ist. Wenn man die Wechsel aber nicht vollbreiten könne, wird der Handel zusammenbrechen.

Der Schließende Landbund hatte sich noch vor der Veröffentlichung der Verordnung mit den Organisationen des Handels, des Land-

werks, der Industrie, der Banken und des Bankwesens in Verbindung gesetzt, und erklärt sich in einer Entschuldigend, daß sämtliche auch nicht landwirtschaftlichen Berufsstände grundsätzlich mit den Forderungen der Landwirtschaft nach einer grundlegenden Abänderung der Voraussetzungen der ländlichen Wirtschaft, besonders der Ausgabeneile, einig gehen. Allerdings fordert der Landbund nicht weniger, als eine generelle Zinssenkung, die bei erhöhten Hypotheken bis auf 3% Senkung und bei weiteren Zinsrückstellungen bis auf fünf Prozent gehen müsse. Wenn auch die Verordnung selbst den Forderungen einer allgemeinen Zinsreduktion zugunsten individueller Vergleichsmaßnahmen zurückgefallen ist, so ist doch nach dem letzten verhandlungsartigen Vorgehen der Landwirtschaft zu erwarten, das in jedem Einzelfall die gleichen Forderungen mit den gleichen Begründungen gestellt werden. Eine individuelle Auslese unter den Schuldnern dürfte also angesichts ihres entschlossenen organisatorischen Vorgehens in der Praxis auf große Schwierigkeiten stoßen. Die neue Verordnung läuft also auf ein Teilnahmestadium für die ländliche Landwirtschaft mit allen ihren verhängnisvollen Folgen hinaus.

Mageres Ergebnis in Washington

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

WASHINGTON, 19. NOVEMBER

Außer der Einigung über das Verfahren in der Amtlichungsfrage wird zwischen Hoover und Grand kein weiteres politisch wichtiges Ergebnis erzielt werden. In der Reparations- und Steuersfrage konnte Amerika, so erklärte Hoover, den bereits anlässlich des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten in Washington betanztegeordneten Standpunkt nicht ändern. Die Initiative bliebe den europäischen Staaten überlassen, die sich den Empfehlungen des Young-Komitees sich auf einer Regierungskonferenz über die weitere Behandlung der Schuldentilgung und Kürzung einigen müßten. Das Übereinkommen solle dann Amerika vorgelegt werden.

Hoover persönlich sei bereit, eine entsprechende Stellungnahme und Kürzung gegenüber den amerikanischen Schuldnern zu beschließen, doch habe der Kongreß die letzte Entscheidung zu treffen. So der im Dezember beabsichtigte Kongreß wahrscheinlich durch militäre Parteienpaare paralytisiert werden dürfte, sind die Aussichten nicht sehr hoffnungsvoll.

Koalitionsgespräche in Hessen

FRANKFURT A. M., 19. NOVEMBER

Gerüchte, daß eine Einigung über die hessische Regierungsbildung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten unmittelbar bevorstehen würde, hat sich nicht. Die der neuwahlfähige Landtag erst am 8. Dezember (nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, am 3. Dezember) zusammentritt und die Wahl des hessischen Staatspräsidenten erst im Januar erfolgen dürfte, kann man sich auf beiden Seiten noch Zeit lassen.

Aber die Nationalsozialisten noch das Zentrum lassen vorläufig keine Meinung zu einer Regierungsbildung erkennen. Die Nationalsozialisten wollen sich für einer solchen Koalition im Prinzip auf die Preisgaben im kommenden Frühjahr nicht belassen, und im hessischen Zentrum ist die Absingung gegen die vom Bischof von Mainz als modernes Heidentum scharf bekämpfte Bewegung nicht geringer geworden. Aber das Zentrum würde sich vielleicht bereit zeigen, eine nationalsozialistische Regierung zu tolerieren, wenn die Nationalsozialisten einigermassen anständiger Vorgehen mochten und nicht etwa einen ihrer Vorkämpfer, sondern einen ihnen nachstehenden Beamten als Staatspräsidenten präsentieren würden.

Wie haben in Deutschland in den nächsten Jahren zehn tausende von Stellenlosen Akademikern zu erwarten. Solche Gefahr ist für den heutigen Staat noch nicht dagewesen. Wenn schon unter der heutigen Studenten schaff radikale Stimmungen, namentlich der Nationalsozialismus, viele Verbreitung finden, so ist das bedenklich. Viel junge Akademiker leben unter ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Not und bilden allerdings hoffnungslos in die Zukunft. Bekommen sie aber nach Möglichkeit ihrer Studien wertvolle freie Stellung, so werden die meisten noch mehr verbeitert. In diesen Zustand sind wir weiterhin infolge der verlorenen Krieges hineingetragen. Niemand, seine Macht ihm noch heute auf morgen ändern. Aber man soll sich nicht noch verstimmen.

Doch man die immer nachrollende Flut von Studenten abkühlen kann, indem man die Stellenlosigkeit der Studenten zu einem gewissen Grade abmildert, ist erwünscht zu erwarten. Aber dann muß man damit schon in Gestalt anfangen und darf nicht mehr so viele auf diese Schule gehen lassen. Die aus der Firma Abgehenden werden doch zum großen Teil studieren, sie müssen oft gar nichts anderes mit sich anzuhängen. Und wenn man den Zugang zu Universitäten, Technischen Hochschulen oder Pädagogischen Akademien einschränkt, ohne seine gesamte Ausbildung zu einschränken, so haben, verbessert man die Lage nicht, sondern schafft nur neben der Hochschulland noch eine große Zahl solcher, die ihre erworbene Schulbildung nicht recht verwenden können, und von denen deshalb viele wiederum Nationalismus verfallen werden.

Niemand, der von der Schwierigkeit der Finanzlage von Staat und Gemeinden eine Ahnung hat, wird auf die Finanzmaßnahmen scheitern, weil sie zu Sparmaßnahmen zwingen. Aber ist nicht der Maßregeln, durch die Tausenden von Akademikern ihre Aussicht auf Unterkommen genommen wird, die soziale und psychologische Gefahr größer als die finanzielle? Folge? Wir Hochschullehrer versuchen, phantastischem Nationalismus unter unseren Studenten entgegenzutreten; aber unter dem Druck ihrer wirtschaftlichen Sorgen hören die meisten darauf nur wenig. Und wenn jetzt in Preußen eine gewisse Schließung pädagogischer Akademien erwogen wird, so würde solcher Schritt bedeuten, daß viele junge Menschen, die nach dem Studium auf folgende Erwerbserwartungen können, ein längeres an der Universität aber nicht, einer erweiternden Berufsausbildung beraubt und